

Ergebnissicherung Thementisch Nr. 3 vom 18.05.2015: „Was ist aus den Handlungsempfehlungen der Studie „Menschen mit Behinderung im Jahr 2011“ geworden?“ am 18.05.2015

Vortragende ist Dr. Hanna Haupt, welche maßgebend an dieser Studie durch das Zentrum für Sozialforschung, mitgewirkt hat. Aktuell arbeitet sie z.B. an der 50+ Studie mit.

Einleitung: (Hr. Holzmann)

- Was ist konkret passiert, nachdem Handlungsempfehlungen erschienen?
- Leitlinien wurden verabschiedet, aber müssen auch mit Leben gefüllt werden;
- besonderer Aufmerksamkeit erhielten in Studie die Jugendlichen heranwachsenden mit Behinderung (differenzierte Problemlagen bei angeborenen und erworbenen Behinderungen)
- Beachtung sollten Themen wie Behinderung und Armut (im Alter) finden;
- Berücksichtigung des Bezirks: Wo bündeln sich Probleme? Quartiersabhängigkeit?
→ Welche Angebotsstrukturen werden wo benötigt?
→ Sozialraumorientierung: Nutzung der Aufschlüsselung der Koordinierungsstelle wo welche Zielgruppe auftritt
- Wurden Handlungsempfehlungen umgesetzt? Waren sie evtl. zu unscharf formuliert? Sind sie mittlerweile überholt? Und haben sich neue ergeben?

Zusammenfassung des thematischen Inputs sowie der Diskussion

- Analyse zur Umsetzung der Handlungsempfehlungen liegt nicht in Frau Haupts Händen, bat ihre Hilfe häufiger an → bisher keine Prüfung erfolgt
- Studie: http://www.sfz-ev.de/index_htm_files/MmB_Marzahn_Hellersdorf_2012.pdf
- drei Zielgruppen wurden angeschrieben:
→ 1. Eltern von Kindern mit Behinderung
→ 2. Jugendliche Heranwachsende mit Behinderung
→ 3. Menschen mit Behinderung im Erwerbsfähigen Alter (größte Gruppe)

Thema: INKA-Modell: Fragebögen gingen in Förderschulen

- Eltern betroffener Kinder lehnten inklusives Modell damals eher ab (Angebote und Förderung reichten ihnen häufig nicht aus)
- Handlungsempfehlungen bezüglich inklusiver Bildung bei weitem nicht umgesetzt
→ um Ziel und Wohlbefinden zu erreichen bedarf Zusammenarbeit, intensiver Vorbereitung von Eltern betroffener und nicht betroffener Kinder (Elternabende um Inklusion zu propagieren)
→ Kommunikation schaffen durch besondere Unterstützung sprachlicher und sozialer Entwicklung (Bsp.: Lernpatenschaften in Schule und Wohngebiet)
- Ziele inklusiver Schulen hätten sich geändert, wäre bei Senatsverwaltung zu erfragen
- weiterhin große Defizite in diesem Bereich
- erinnert wurde an den Gesundheitsausschuss im KEH in der Abteilung für Psychiatrie, Psychotherapie und Psychosomatik des Kindes- und Jugendalters mit ganz eigenen Wertungen zum praktizierten INKA-Modell. Unter Leitung von Frau Dr. med. Rita May erbringt das Team ein Angebot für Kinder und Jugendliche, die ihr seelisches oder seelisch körperliches Gleichgewicht verloren haben, ihren Alltag nicht mehr allein bewältigen können, die für einen definierten Zeitabschnitt auf ein geschütztes Umfeld angewiesen sind und der Förderung bedürfen. Behandlungsschwerpunkte sind Bindungsstörungen im Kindesalter, psychosomatische Erkrankungen sowie ADHS und dessen Folgestörungen bei Kindern und Jugendlichen.

- Herr Holzmann berichtet über das Beispiel einer inklusiven Grundschule im Bezirk Steglitz: im Bereich der Umsetzung Welten zwischen den Schulen in verschiedenen Bezirken. → Bei einem geplanten Thementisch zum Thema „Inklusive Schulen“ sollte es auch darum gehen, warum es an anderen Schulen besser läuft, was hier besser umgesetzt wurde. Was kann für den Bezirk MH eventuell als Anregung übernommen werden?
- Hinweis von Frau Dr. Haupt, dass zur Vorbereitung der INKA-Modelle hauptsächlich die Eltern von Kindern mit Behinderung einbezogen wurden. → Es fehlte aber die Einbeziehung von Eltern der Kinder ohne Behinderung! Diese Schnittstelle wäre aber außerordentlich wichtig, damit die Schüler auch vom häuslichen Umfeld einen besseren Umgang mit ihren Mitschülern mit Beeinträchtigung lernen und mitgeben bekommen. → Hier sollten regelmäßige Elternabende zur Aufklärung der Anforderungen an Inklusion angeboten werden.

Thema „mangelndes Sicherheitsgefühl“:

- in betroffenen Bereichen des Bezirks wurden in Zusammenarbeit mit Polizei und Agens gGmbH Änderungen zur Erhöhung des Sicherheitsgefühls vorgenommen (Bsp. Veränderte Wegeführung vorbei an „Problemzonen“, Installation zusätzlicher Laternen)

Thema „Selbstwahrnehmung der damals Befragten“:

- 22% können sich verwirklichen, 8% fühlen sich integriert; 33% empfinden keine Chancengleichheit u. Ausgrenzung (Bsp. Arbeitsmarkt), 14% fühlen sich benachteiligt
- Handlungsbedarfe um Respekt und Akzeptanz von Menschen mit Behinderung zu stärken
 - Bsp . v. Menschen mit Behinderung in Öffentlichkeit tragen, um deren Bemühungen aufzuzeigen,
 - gesellschaftliches Bild „ändern“, Menschen zum Nachdenken über Inklusion zwingen, Rücksichtslosigkeit aufdecken

Thema „Angebotsstruktur und Mobilitätshilfedienste“:

- Stetiger Rückgang der „Mobi-Dienste“ → Kostengründe?
- Gezielte Angebote (Ausflüge, Vorlesehilfe etc.) aufbauen **und** an Menschen herantragen

Von den Beteiligten am Thementisch Nr. 3 wurde gegenüber der Koordinierungsstelle Inklusion kritisch angemerkt, dass im Vorfeld dieser Thematik Betroffene nicht erneut befragt wurden

- das sollte das Ziel sein, jedoch gestaltet sich mit Betroffenenengruppen gegenwärtig meist nur partielle Zusammenarbeit,
- es passieren viele Dinge in Richtung Inklusion im Bezirk/in der Stadt, nur mangelt es häufig an Informationsweiterleitung an Menschen mit Behinderung,
- Kommunikation gestaltet sich generell schwierig, Kontakte zu knüpfen bereitet auch der Koordinierungsstelle Schwierigkeiten
- Mangelnde Kommunikation auf bezirklicher Ebene, da Menschen mit Behinderung wenig politisches Gehör und Aussagekraft erhalten – für sich einfordern
 - Zielgruppe bildet „geschlossene Kreise“ mit „eigenen“ Hilfesystemen
- Gleichstellungsausschuss bildet sehr kleine Lobby und kann nur „wenig“ einwirken, weiterhin problematisch, dass zu wenig Menschen einbezogen und viele Barrieren bestehen

Bisherige Aufgaben der Koordinierungsstelle Inklusion:

- versteht sich im aktuellen Stadium ihrer Entwicklung als Unterstützungsstruktur des Beauftragten für Menschen mit Behinderungen

- Arbeitsplan orientierte sich von Anbeginn an den in der Studie „Menschen mit Behinderungen in Marzahn-Hellersdorf 2011“ Handlungsempfehlungen, daraus abgeleitet entspricht der aktuelle Arbeitsplan einem mit Herrn Flender abgestimmten Ranking, welches vorgibt, welche Themen unter Berücksichtigung der begrenzt zur Verfügung stehenden Ressourcen mit welcher Intensität bearbeitet werden.
- In erstem Schritt erfolgte eine die Sichtbarmachung bereits vorhandener Strukturen, des bestehenden Unterstützungssystems der im Bezirk behinderungspolitisch tätigen Akteure
- Zur Schaffung von Voraussetzungen zur Sensibilisierung der Öffentlichkeit/Information über die tatsächliche Lebenslage von Menschen mit Behinderungen wurden die verfügbaren Daten über Menschen mit Behinderung im Bezirk auf die LOR heruntergebrochen
- Auswertung der verschiedenen Behinderungsarten je PR – zur Vervollständigung der Bezirksregionenprofile;
- Potentielle Multiplikatoren (STZ (14), Familienzentren (16), JFE (65)) wurden auf Barrierefreiheit/Barrierearmut geprüft, Abgleich der Daten mit dem Hilfelotsen erfolgt, Ergebnis mit den entsprechenden Piktogrammen abgebildet
- im 08/2014 erfolgte Ansprache der STZ, der AG BüHH, der MHD und der im Bezirk tätigen QM, bei ihren Kiezspaziergängen insbesondere Handlungsbedarf für verbesserte Querungsmöglichkeiten bei Kreuzungen und Straßenverbindungen für mobilitätseingeschränkte Bürger aufzunehmen – Einmündung der Ergebnisse in gemeinsame AG aus IV Wohnen und IV Aktiv im Alter.
- Erarbeitung eines Materials zur Entwicklung/Nutzbarmachung Peer-Konzepte (Peer-Support, Peer-Counseling) in der bezirklichen Arbeit für/mit Menschen mit Behinderungen
- Abbildung Barrieren in ZA mit Agens in einem Geo-Informationssystem
- Unterstützung der PEB-Studie „Servicestelle- berufliche Teilhabe“
→ daraus entstand Idee zur Fortsetzung von Thementischen, Zielgruppe soll dafür zukünftig nach Möglichkeit eingeladen und befragt werden, um gemeinsam To-Do-Listen zu erstellen – Ablauf: Was läuft gut? Wo gibt es konkreten Handlungsbedarf? Was sind eigene Vorhaben in nächster Zeit?

Thema: „Zielgruppe junge Menschen mit Behinderung“

- relativ kleine Gruppe, vorrangig geistige Behinderung
- Problematik das „Weg vorgeschrieben ist“ : → Förderschule, Werkstatt, gezielte Förderung der Fähigkeiten und Bereitschaft der Unternehmen zur Inklusion **fehlen**
- Leben vom 1.Tag in Armut (da Lohn in WfMB unter Armutsgrenze)
- Aufgabe der Agentur für Arbeit?
→ Servicestelle aus PEB-Studie wäre sehr sinnvoll (wichtiger Schritt um Teilhabe zu ermöglichen)
- Wie viele Unternehmen zahlen lieber Ausgleichsabgabe als Menschen zu beschäftigen?
- Das Problem ist, dass für die Arbeit in Werkstätten einfach kein regulärer Lohn gezahlt wird. Die Arbeitnehmer sind immer auf Transferleistungen angewiesen – Forderung nach Mindestlohn in Werkstätten, Selbstbestimmt Leben durch angemessene Beschäftigung und Entlohnung
→ sehr positives Bsp. im Bezirk ist „Schilkin“, welche Inklusion vorbildlich umsetzen (zum Teil ist die ZA historisch gewachsen)

Begriffsbestimmung Behinderung:

Definition des Sozialgesetzbuches IX lautet: Menschen sind behindert, wenn ihre körperliche Funktion, geistige Fähigkeit oder seelische Gesundheit mit hoher Wahrscheinlichkeit länger

als sechs Monate von dem für das Lebensalter typischen Zustand abweichen und daher die Teilhabe am Leben in der Gesellschaft beeinträchtigt ist. Die Definition nach der UN-Behindertenrechtskonvention greift dagegen das soziale Modell von Behinderung auf und vollzieht den Paradigmenwechsel weg vom rein medizinisch und defizitorientierten Modell: Zu den Menschen mit Behinderung zählen Menschen, die langfristige körperliche, seelische, geistige oder Sinnesbeeinträchtigungen haben, welche sie in Wechselwirkung mit verschiedenen Barrieren an der vollen, wirksamen und gleichberechtigten Teilhabe an der Gesellschaft hindern können.

→ d.h. Menschen sind auch behindert, wenn der Staat ihnen keine Teilhabe ermöglichen kann! Danach sind nach Einschätzung Hr. Holzmann ca. 80% der in Projekten ögB tätigen TN per Definition behindert, da sie nicht mehr in den regulären Arbeitsmarkt einmünden können/werden.

→ Forderung: Hier müsste prinzipiell die Kategorie Arbeit neu definiert werden.

Ein positives Beispiel stellt etwa Schweden dar: Hier wurde bspw. die Arbeitszeit verkürzt, die Produktivität der Arbeitnehmer ist aber trotzdem gestiegen!

→ Die besonderen individuellen Fähigkeiten/Fertigkeiten von Menschen mit Beeinträchtigung müssten besser aufgedeckt und beruflich einsetzbar gemacht werden.

ögB kann nur in ZA der Arbeitsmarktakteure auf Augenhöhe und in Berücksichtigung der Wünsche/Möglichkeiten der TN effizient ausgestaltet werden!

Frau Dr. Haupt wirft hier ein, dass im Vorfeld ihrer Studie ein Workshop „Arbeit trotz Behinderung“ angeboten wurde. Zu diesem kamen nahezu alle Vertreter der Einrichtungen für Menschen mit Beeinträchtigung. Jedoch waren auf der anderen Seite 172 Arbeitgeber eingeladen, von diesen ist nur einer! (Schilkin) gekommen.

Von anderen Teilnehmern des Thementisches gibt es den Einwand:

→ Forderung und Ziel sollte sein, **auf politischer Ebene nachzuhaken, was aus den Empfehlungen der Studie von 2011 tatsächlich geworden ist! Was wurde umgesetzt?!**

Die Koordinierungsstelle Inklusion wird sich in ZA mit dem Behindertenbeauftragten darum bemühen, zu den Handlungsempfehlungen der Studie von 2011 die Antworten/Aktivitäten der Politik beizubringen und gegenüberzustellen.

Ein weiteres Problem, das – wie im letzten Thementisch Nr. 2 – bereits erörtert – offensiv an die Politik herangetragen werden muss, ist das **Problem des verfügbaren und bezahlbaren Wohnraums**. Herr Holzmann bestätigt nochmal, dass die Zahl der in Obdachlosenunterkünften untergebrachten TN in Projekten ögB stetig ansteigt. Sie finden vielfach keinen von Transferleistungen bezahlbaren Wohnraum.

Hier noch einmal der Einwand von Frau Dr. Haupt: Der überwiegende Wohnraum in MH ist nicht barrierefrei, obwohl der Bezirk dafür eigentlich sehr gut ausgestattet ist. Meistens geht es um die ersten 9 Stufen zum Fahrstuhl, die nicht barrierefrei überwindbar sind. Es bestünde jedoch die Möglichkeit sehr viele Wohnungen barrierefrei zu machen. Die Wohnungsbaugesellschaften sträuben sich jedoch die Stufen umzubauen. (Obwohl eine Möglichkeit z.B. wäre die vorhandenen Hobbyräume in der EG-Wohnung in allgemeinen Hausflur umzuwandeln und dann eine Überbrückung mit Rampe o.ä. zu schaffen. Wohngenossenschaften sind hierzu jedoch in keinster Weise bereit. Nach deren Aussagen ist es kostengünstiger in Neubauten zu investieren. Es gibt momentan keinen ökonomischen Zwang für die Wohngesellschaften einen Umbau hin zu barrierefreiem Wohnraum in die

Wege zu leiten. -> Obwohl (Hinweis eines Teilnehmers) das OTB-Projekt zeigt, was zu erreichen alles möglich wäre (auch mit geringerem Kostenaufwand).
Aktuell steht jedoch nicht der Mensch im Vordergrund, sondern die Wirtschaftlichkeit.

Forderung: Dazu müssten unbedingt Betroffene motiviert werden, mehr für ihre Rechte und gegen Missstände zu kämpfen.

Bemerkung Frau Dr. Haupt: Auch ihre Studie aus 2011 hat ebendies gezeigt. Daher soll der Frage auch in ihrer aktuellen Studie „Menschen 50+ in MH“ nachgegangen werden, wie der Wunsch nach Beteiligung bei den Betroffenen unterstützt werden kann. Dabei ist zu berücksichtigen, dass Menschen mit Behinderung teilweise selbst Angebote bevorzugen, in denen sie unter sich bleiben können.

Herr Holzmann formuliert hier: **Welche Attraktivität könne wir den Menschen mit Behinderung anbieten, damit sie sich mehr beteiligen an der Umsetzung und Einforderung ihres Rechts auf Teilhabe!**

Einwand aus der Teilnehmergruppe: Das Alltagsumfeld gibt leider auch Ablehnung vor, sodass man lieber unter Gleichgesinnten bleibt.

→ Hier muss weiter Aufklärungsarbeit innerhalb der Gesellschaft geleistet werden! **Es geht um die „Barriere in den Köpfen der Menschen“**. Von dort kommt noch immer sehr viel Ablehnung!

Dies ist ein sehr langsamer Prozess, aber es müssen auch die entsprechenden Voraussetzungen für ein „Umdenken“ innerhalb der Gesellschaft geschaffen werden. → Erste positive Umsetzungen sind hier bspw. „inklusive Sportangebote“ oder der Jugendtreff „Impuls“.

Einwand Teilnehmerin: Die **Sensibilisierung der Gesellschaft ist ein sehr wichtiger Punkt!**

Frau Dr. Haupt stellt zur Debatte, welche Bedingungen hierzu geschaffen werden müssen. Vor allem müssen Kinder mit Behinderung von Anfang an mit in die Gesellschaft einbezogen werden! Da leider auch ein Mobbing unter Kindern gegenüber Kindern mit Behinderung Realität ist, gilt es: Schon bei Kindern anzufangen Akzeptanz für Menschen mit Beeinträchtigung in der Gesellschaft zu schaffen. Verweis auf das INKA-Modell, auf die notwendigen Bedingungen zur erfolgreichen Umsetzung

Hinweis Teilnehmer: Auch beim Behindertenparlament wurde viel zu wenig darauf geachtet, das Umfeld an für die Behinderten erforderliche Bedingungen anzupassen. Ein Vorschlag für die Zukunft wäre hier: **Die Betroffenen könnten ihre Aussagen schon im Vorfeld mit Betreuern vorbereiten und die Ausgestaltung diskutieren.**

Einwand von Teilnehmerseite: Es müssen hier auch die Leitlinien des Bezirkes MH hinterfragt und überarbeitet werden. → **Auch hier muss die Akzeptanz des Einzelnen in seiner Individualität festgelegt werden! Es müssen Leitlinien zur Akzeptanz von Menschen mit Beeinträchtigung im Sinne des Inklusionsgedankens festgelegt und deutlich veröffentlicht werden!!** Z.Zt. sind die Leitlinien eher Leitlinien des BA statt des Bezirkes und seiner Bürger

Handlungsempfehlungen

Ergebnisse:

Unbedarfte Benachteiligung im Alltag und Zurückweisung von Menschen mit Beeinträchtigung findet häufig statt.

Forderungen:

Lebenssituation von Menschen mit Behinderung muss ins öffentliche Bewusstsein gerückt werden. → Leitlinien des Bezirkes

hinterfragen, erweitern und mit diesen auf Bewusstmachung des inklusiven Gedankens hinwirken!

„Barrieren bestehen in den Köpfen der Menschen.“

Realisierungsstand der Politik zu Handlungsempfehlungen aus der Studie von 2011 erarbeiten!

Werkstätten für Behinderte bieten positive Effekte wie z. B. Tagesstrukturierung.
Aber: Die Menschen sind immer auf Transferleistungen angewiesen. Angemessene Lohnzahlungen fehlen!

Prinzipiell müsste die Kategorie Arbeit neu definiert werden.

Ein positives Beispiel stellt etwa Schweden dar: Hier wurde die Arbeitszeit verkürzt, die Produktivität der Arbeitnehmer ist aber trotzdem gestiegen!

Betroffene müssen motiviert werden, mehr für ihre eigenen Rechte und gegen Missstände zu kämpfen.

Möglichkeiten erarbeiten, mit denen Wunsch der Betroffenen nach aktiver Beteiligung gestärkt werden kann.

Voraussetzungen für ein „Umdenken“ innerhalb der Gesellschaft schaffen.

Schon bei Kindern anfangen:

→ INKA-Projekte verbessern Schnittstelle zwischen Eltern von Kindern ohne Behinderung und Kindern mit Behinderung stärken. Z.B. durch regelmäßige Aufklärungs- und Reflexionsangebote

TO-DO:

→ Informations- und Handlungsbedarf zum Thema INKA-MODELL, diesbezüglich thematisch organisieren

→ Erarbeitung Umsetzungsstand Handlungsempfehlungen aus der Studie 2011 (auch leinteilige Aktivitäten berücksichtigen, wie bspw. Vernetzung und kleinteilige Hilfe, z.B. durch Wuhletal Selbsthilfegruppe „Arbeitssuchend und psychisch krank“, Verbesserungen im Sicherheitsempfinden